

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XXXIII
Einleitung	1
§ 1 Die Grundsätze des Minderheitsschutzes und die Zielsetzung und Methodik der Bearbeitung	1
A. Begriff, Wirkungsweise und Schutzrichtung des Minderheitsschutzes	1
B. Die Zielsetzung der Bearbeitung	15
Allgemeiner Teil: Die Allgemeinen Grundsätze zum Schutz des Minderheitsgesellschafters	23
1. Kapitel: Die Grundlagen der Gesellschafterverbindung: Minderheitsschutz als Ausfluss der Bestandsgarantie des Art. 14 GG und die Wirkungsweise von Generalklauseln im Gesellschaftsverhältnis	23
§ 2 Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht als Generalklausel des Minderheitsschutzes im deutschen und US-amerikanischen Recht	25
A. Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht im deutschen Recht	25
B. Die Bindungen der Gesellschafter durch die Fiduciary Duties im US-amerikanischen Gesellschaftsrecht	34
C. Zusammenfassung und Bewertung des Treuepflichtansatzes	65
§ 3 Die Bedeutung der Eigentumsgarantie im Gesellschaftsrecht und der Schutz der Rechtsstellung durch Art. 14 I GG	69
A. Art. 14 GG als Abwehrrecht, Schutzgebot und Gestaltungsauftrag an den Zivilgesetzgeber	70
B. Die Wirkung von Grundrechten im Verhältnis privater Rechtssubjekte	75

C. Die Bedeutung der Grundrechte für die mitgliedschaftliche Rechtsstellung des Gesellschafters	99
D. Die Modalitäten der Anwendung von Art. 14 I GG im Innenverhältnis der Gesellschafter	121
E. Das Verhältnis der verfassungsrechtlichen Eingriffskontrolle zu anderen gesellschaftsrechtlichen Instituten	148
2. Kapitel: Eingriffe durch Stimmrechtsausübung und Rechtsbehelfe gegen rechtswidrige Gesellschafterbeschlüsse	155
§ 4 Die inhaltlichen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Stimmrechtsausübung	155
A. Die inhaltliche Rechtfertigungskontrolle von Gesellschafterbeschlüssen	156
B. Rechtsformbedingte Ausnahmen und Beweislast	197
§ 5 Die Rechtsbehelfe des Gesellschafters gegen rechtswidrige Gesellschafterbeschlüsse	229
A. Die Anfechtung fehlerhafter Gesellschafterbeschlüsse in der Aktiengesellschaft	230
B. Die Anfechtung fehlerhafter Beschlüsse im GmbH-Recht	243
C. Die Feststellung rechtswidriger Beschlüsse in den Personengesellschaften	247
D. Zusammenfassung	248
3. Kapitel: Der Minderheitsschutz bei Verwaltungshandeln und bei der Ausübung der Mehrheitsmacht außerhalb der Gesellschafterversammlung	251
§ 6 Der Minderheitsschutz bei rechtswidrigem Geschäftsleithandeln	253
A. Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung rechtmäßigen Verwaltungshandelns	253
B. Die Kompetenzverteilung in den Kapitalgesellschaften	263
C. Die Rechtsbehelfe gegen fehlerhaftes Verwaltungshandeln	276
D. Zusammenfassung	290

§ 7 Minderheitsschutz bei Bereicherungen des Mehrheitsgesellschafters	293
A. Bereicherungen des Mehrheitsgesellschafters als Eingriffe in die Rechtsstellung des Minderheitsgesellschafters	293
B. Rechtsbehelfe bei Doppelschäden im Gesellschafts- und Anteilsvermögen	322
C. Zusammenfassung	341
4. Kapitel: Die Bedeutung von Information für den Minderheitsschutz	345
§ 8 Minderheitsschutz durch Information und Teilhabe am Willensbildungsprozess	345
A. Bestehende Rechte auf Information	345
B. Forderungen nach einer Erweiterung der Informationsrechte	362
C. Zusammenfassung	363
Besonderer Teil: Typische minderheitssensible Konstellationen – Die Anwendung der Allgemeinen Grundsätze in konfliktträchtigen Situationen	365
1. Kapitel: Freiwilliges und unfreiwilliges Ausscheiden des Gesellschafters: Ausschluss und Austritt unter Einschluss der Abfindungsgrundsätze	367
§ 9 Das unfreiwillige Ausscheiden des Gesellschafters	367
A. Regelungen zum Gesellschafterausschluss im Gesellschaftsvertrag	368
B. Der Ausschluss des Gesellschafters aus wichtigem Grund	393
C. Der Ausschluss des Aktionärs aufgrund spezialgesetzlicher Institute	416
§ 10 Das Recht auf Lösung von der Beteiligung	461
A. Der Grundsatz der freien Veräußerlichkeit der Beteiligung und seine Einschränkungen	461
B. Das Austrittsrecht des Gesellschafters	475
C. Typisierte Austrittsrechte im Umwandlungs-, Konzern- und Übernahmerecht	501
D. Austrittsrechte de lege ferenda als allgemeines Instrumentarium des Minderheitsschutzes?	511

E. Zusammenfassung	528
§ 11 Die Grundsätze der Abfindungsbemessung	531
A. Die Grundsätze im deutschen Recht	531
B. Die Grundsätze im US-amerikanischen Recht	541
C. Zusammenfassung	544
2. Kapitel: Der Minderheitsschutz bei strukturändernden Maßnahmen	547
§ 12 Der Minderheitsschutz bei Umwandlungsbeschlüssen	547
A. Die Konzeption des Umwandlungsgesetzes	547
B. Die inhaltlichen Anforderungen an den Umwandlungsbeschluss ..	549
C. Die Rechtsbehelfe der Gesellschafter und Informationspflichten der Geschäftsleitung	554
D. Zusammenfassung	556
§ 13 Minderheitsschutz beim Gang an die Börse und Rückzug von der Börse	559
A. Minderheitsschutz beim förmlichen Delisting	559
B. Minderheitsschutz beim „kalten“ Delisting	584
C. Minderheitsschutz beim Börsengang der Aktiengesellschaft	591
D. Zusammenfassung	596
§ 14 Minderheitsschutz in abhängigen Gesellschaften und im Konzernverbund	599
A. Gefahren und Voraussetzungen der Unternehmensbeherrschung ..	599
B. Die Rechtslage in den Aktiengesellschaften bei Unternehmensbe- herrschungen	604
C. Die Rechtslage in der GmbH	624
D. Die Rechtslage in den Personengesellschaften	639
E. Rechtsformüberschreitend: Konzerneingangsschutz als generelle Rechtfertigung eines Eingriffs in die Mitgliedschaft?	647
F. Zusammenfassung	650

3. Kapitel: Der Minderheitsschutz bei vermögensrechtlichen Maßnahmen 655

§ 15 Minderheitsschutz bei Kapitalveränderungen und Bezugsrechtsausschluss 655

 A. Veränderungen im Kapitalbestand der Gesellschaft 655

 B. Das Bezugsrecht des Aktionärs und die Voraussetzungen für seinen Ausschluss 665

 C. Zusammenfassung 675

§ 16 Minderheitsschutz bei der Gewinnverwendung 677

 A. Das Gewinnbezugsrecht des Gesellschafters 677

 B. Inhaltliche Rechtmäßigkeitsanforderungen an die Gewinnverwendung 678

 C. Zusammenfassung 685

§ 17 Minderheitsschutz bei Auflösung und Liquidation der Gesellschaft 687

 A. Der Minderheitsschutz bei der Auflösung infolge mehrheitlich gefassten Gesellschafterbeschlusses 687

 B. Minderheitsschutz im Liquidationsverfahren 691

 C. Zusammenfassung 691

Gesamtzusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Bewertung 693

 A. Zusammenfassung 693

 B. Bewertung 699

Sachregister 701

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XXXIII
Einleitung	1
§ 1 Die Grundsätze des Minderheitsschutzes und die Zielsetzung und Methodik der Bearbeitung	1
A. Begriff, Wirkungsweise und Schutzrichtung des Minderheitsschutzes	1
I. Geschichtlicher Aufriss zur Entwicklung gesellschaftsrechtlicher Mechanismen zur Begrenzung der Mehrheitsherrschaft	1
II. Begriffsbestimmungen	5
1. Der Minderheitsbegriff	5
2. Der Begriff des Minderheitsschutzes	7
III. Zielrichtung und ratio des Minderheitsschutzes	9
1. Minderheitsschutz als Beschränkung der Mehrheitsmacht ..	9
2. Die Gründe für einen wirksamen Minderheitsschutz	12
B. Die Zielsetzung der Bearbeitung	15
Allgemeiner Teil: Die Allgemeinen Grundsätze zum Schutz des Minderheitsgesellschafters	23
1. Kapitel: Die Grundlagen der Gesellschafterverbindung: Minderheitsschutz als Ausfluss der Bestandsgarantie des Art. 14 GG und die Wirkungsweise von Generalklauseln im Gesellschaftsverhältnis	23
§ 2 Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht als Generalklausel des Minderheitsschutzes im deutschen und US-amerikanischen Recht	25
A. Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht im deutschen Recht	25
I. Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht als Generalklausel des Minderheitsschutzes	25
1. Versuch einer Begriffsbestimmung	26
2. Die Unterarten der Treuepflicht	28

3. Abhängigkeit von Rechtsform, Gesellschaftszweck und Realstruktur	29
II. Die Anerkennung der Treuepflicht in den verschiedenen Rechtsformen	30
III. Die dogmatischen Grundlagen zur Herleitung und Inhaltsbestimmung der Treuepflicht	32
IV. Der Rechtsfolgen bei Verletzung der Treuepflicht	33
B. Die Bindungen der Gesellschafter durch die Fiduciary Duties im US-amerikanischen Gesellschaftsrecht	34
I. Keine Richtigkeitsgewähr mangels ausgehandelter Vertragsbedingungen	34
II. Überblick über die konfliktträchtigen Situationen und Lösungsansätze	36
III. Die Fiduciary Duties des Mehrheitsgesellschafters	38
1. Vorüberlegung: Fiduciary Duties als Treuepflichten	39
2. Die Bedeutung von Rechtsform und Realstruktur der Gesellschaft für die Treuepflichten des Mehrheitsgesellschafters	41
a) Konzeptionelle Unterschiede von Partnerships und Corporations	42
b) Treuepflichten in der partnership	43
c) Treuepflichten in der close corporation	44
3. Verletzung der Treuebindung in der <i>Closely Held Corporation: Majority and Minority Perspective</i>	48
4. Häufig auftretende Anwendungskonstellationen	52
5. Eine Randbemerkung: Die Treuebindung des Minderheitsgesellschafters	54
6. Die Besonderheiten in Delaware	55
a) Keine Treuepflichten in <i>closely held corporations</i> ?	55
b) Reiner Vermögensschutz beim <i>minority freezeout</i>	58
7. Rechtsfolgen von Verstößen gegen die Treuepflicht	60
8. Schutzdefizite in <i>LLCs</i> und <i>publicly held corporations</i>	64
a) Minderheitsschutz in der <i>Limited Liability Company</i>	64
b) Minderheitsschutz in der <i>publicly held corporation</i>	65
C. Zusammenfassung und Bewertung des Treuepflichtansatzes	65
§ 3 Die Bedeutung der Eigentumsgarantie im Gesellschaftsrecht und der Schutz der Rechtsstellung durch Art. 14 I GG	69
A. Art. 14 GG als Abwehrrecht, Schutzgebot und Gestaltungsauftrag an den Zivilgesetzgeber	70
B. Die Wirkung von Grundrechten im Verhältnis privater Rechtssubjekte	75
I. Die Allgemeine Grundrechtsdogmatik zur Privatrechtswirkung von Grundrechten	75

1. Die Rechtsprechung des BVerfG zur Wirkungsweise von Grundrechten im Privatrecht	77
2. Die Grundrechte als objektive Werteordnung	80
3. Die Wirkungsweise der Grundrechte im Privatrecht	81
a) Theorie von der Mittelbaren und Unmittelbaren Drittwirkung der Grundrechte	81
b) Einwände gegen die Ansätze der unmittelbaren Drittwirkung	83
c) Schwächen der Lehre von der mittelbaren Drittwirkung	85
d) Beachtung der gesetzgeberischen Entscheidung	88
e) Schutzgebotsfunktion der Grundrechte	91
4. Die Modalitäten der Grundrechtsanwendung: privatautonomes Handeln und praktische Konkordanz	92
II. Hinweis auf die Diskussion um die Direktwirkung der Grundfreiheiten des AEU-Vertrages	96
C. Die Bedeutung der Grundrechte für die mitgliedschaftliche Rechtsstellung des Gesellschafters	99
I. Die Rechtsprechung des BVerfG zur Wirkung von Verfassungswerten im Gesellschaftsrecht	100
1. Die Rechtsprechung des BVerfG zu Inhalt und Grenzen des mitgliedschaftlichen Eigentums	100
2. Die Rechtsprechung des BVerfG zu strukturellem Ungleichgewicht der Vertragsparteien	103
II. Gesellschaftsrecht als Bestandteil der grundrechtsunterworfenen Rechtsordnung	105
1. Die mitgliedschaftliche Grundrechtsgarantie und der Eingriff bei Ausübung der gesetzlich eingeräumten Gestaltungskompetenzen	105
2. Der soziale Bezug des mitgliedschaftlichen Eigentums	107
3. Systematisches Machtgefälle: Verschiedenartigkeit von Austausch- und Gesellschaftsvertrag	109
4. Zwischenfazit	113
5. Der verfassungsrechtliche Schutz der Gesellschafterstellung im US-amerikanischen Recht	114
a) Kompetenz des Gesetzgebers zur Veränderung der Grundlagen der Gesellschafterbeziehung	115
b) Verlust der Gewinnbezugsrechte bei Umwidmung der Aktien	116
c) Verfassungsrechtliche Fragen bei anderen mehrheitlich getragenen Gesellschafterbeschlüssen	119
d) Weitere Entscheidungen	120
D. Die Modalitäten der Anwendung von Art. 14 I GG im Innenverhältnis der Gesellschafter	121

I. Anwendung der Prüfungsdogmatik des Art. 14 I GG auf die Gesellschafterbeziehung als Ausfluss der Schutzgebots- funktion	121
II. Die Bestimmung des Schutzbereichs der mitgliedschaftlichen Rechtsstellung	122
1. Gesetzgeberische Vorgaben, Ausgestaltung des Gesell- schaftsverhältnisses und Realstruktur	122
2. Typische Mitgliedschaftsrechte in den einzelnen Rechts- formen	125
a) Die Aktionärsrechte	126
b) Die Mitgliedschaftsrechte des GmbH-Gesellschafters ..	127
c) Personengesellschaften	127
3. Bestimmung des Schutzbereichs bei mittelbarer Betroffen- heit	128
III. Die Bestimmung des Eingriffs in den Schutzbereich von Art. 14 GG	130
1. Die Eingriffsterminologie	130
2. Abgrenzung unmittelbarer und mittelbarer Eingriffe	131
a) Unmittelbare Eingriffe	131
b) Mittelbare Eingriffe	132
IV. Die Rechtfertigungsprüfung	133
1. Das Gesellschaftsinteresse als Legitimation und Schranke von Eingriffen	134
2. Die Struktur der Interessenabwägung	137
3. Die Bedeutung der Privatautonomie für das Gesellschafts- verhältnis	140
4. Die Berufung auf den unternehmerischen Ermessens- spielraum (<i>business judgment rule</i>)	143
5. Gesetzliche Wertungen und Vorgaben des Gesellschafts- vertrages	144
V. Zusammenfassung	145
VI. Eine Randbemerkung: Die Bedeutung des Art. 12 GG im Gesellschafterinnenverhältnis	147
E. Das Verhältnis der verfassungsrechtlichen Eingriffskontrolle zu anderen gesellschaftsrechtlichen Instituten	148
I. Das Verbot des institutionellen Rechtsmissbrauch	148
II. Der gesellschaftsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz	150
1. Rechtsdogmatische Grundlagen	150
2. Inhalt des Gleichbehandlungsgrundsatzes	151
III. Der verbleibende Anwendungsbereich der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht	153

2. Kapitel: Eingriffe durch Stimmrechtsausübung und Rechtsbehelfe gegen rechtswidrige Gesellschafterbeschlüsse	155
 § 4 Die inhaltlichen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Stimmrechtsausübung	155
A. Die inhaltliche Rechtfertigungskontrolle von Gesellschafterbeschlüssen	156
I. Echte Inhalts- oder schlichte Missbrauchskontrolle nach Rechtsprechung und Literatur	156
1. Die BGH-Rechtsprechung zur Inhaltskontrolle von Gesellschafterbeschlüssen	157
a) Beschlussgegenstände mit inhaltlicher Rechtfertigungskontrolle	157
aa) Rechtfertigungskontrolle bei Ausschluss des Bezugsrechts	157
bb) Befreiung von einem Wettbewerbsverbot	159
cc) Gewinnverwendungsbeschlüsse	159
dd) Ausschluss des Gesellschafters	160
ee) Eingriffe in den Kernbereich der Mitgliedschaft bei Personengesellschaften	161
b) Beschlussgegenstände mit reiner Missbrauchskontrolle	162
aa) Auflösungsbeschlüsse nach BGH und BVerfG	162
bb) Börsenrückzug (Delisting)	164
cc) Nachträgliche Einführung eines Höchststimmrechts	164
dd) Kapitalherabsetzung durch Zusammenlegung von Aktien	165
c) Bewertung der Ansätze des BGH	165
2. Die Literaturstimmen zur Inhaltskontrolle von Gesellschafterbeschlüssen	166
a) Inhaltskontrolle bei Rechtseingriffen	167
b) Freie Entscheidungsgewalt nur bei Wahrnehmung der eigenen Quote	172
c) Inhaltskontrolle bei Verschiebung der Machtbalance ...	172
d) Inhaltskontrolle als Ausnahmeerscheinung	173
3. Die dogmatischen Grundlagen einer Inhaltskontrolle nach Rechtsprechung und Literatur	175
4. Zum Vergleich: Die Inhaltskontrolle im US-amerikanischen Recht	176
5. Eine Randbemerkung: Die Ansätze in weiteren Rechtsordnungen	179
II. Zusammenfassung: Die gemeinsamen Grundlagen der dargestellten Grundsätze	181
III. Der eigene Ansatz: Dogmatische Grundlage und System einer Beschlusskontrolle	182

1. Fehlende Eignung der Treuepflicht als Grundlage der Beschlusskontrolle	182
2. Beschlusskontrolle als Ausprägung der allgemeinen Eingriffsdogmatik	183
3. Zulässige Interessen und deren Gewichtung	185
4. Begrenzung der Inhaltskontrolle durch unternehmerische Einschätzungsprärogative	187
5. Beachtung der gesetzgeberischen Wertungen	188
a) Abschließende Interessenabwägung durch den Gesetzgeber	188
b) Qualifizierte Mehrheitserfordernisse	189
c) Übertragende Mehrheiten	190
d) Insbesondere: Qualifizierte Mehrheitserfordernisse bei Änderungen des Gesellschaftsvertrages	191
6. Fehlendes oder unbeachtliches Gesellschaftsinteresse	193
a) Auflösung der Gesellschaft	193
b) Zweckänderung, Konzernrecht und Umwandlungen ...	195
7. Zusammenfassung	195
B. Rechtsformbedingte Ausnahmen und Beweislast	197
I. Besonderheiten bei einzelnen Rechtsformen und Gesellschaftstypen	197
1. Die Anforderungen an das Mehrheitsprinzip im Recht der Personengesellschaften	197
a) Die Kernbereichslehre	198
b) Der Bestimmtheitsgrundsatz	199
aa) Die Rechtsprechungsgrundsätze des BGH	199
bb) Kritik an diesem Ansatz und Alternativvorschläge .	200
cc) Inhaltliche Rechtfertigungskontrolle auch im Personengesellschaftsrecht	202
2. Publikumsgesellschaften und börsennotierte Aktiengesellschaften	203
a) Unterschiedliche Schutzrichtung von Inhaltskontrolle und Abfindung	203
b) Keine gesetzgeberischen Wertungen gegen eine Inhaltskontrolle	204
c) Ausnahmen für Publikumsgesellschaften?	206
d) Die Besonderheiten bei börsennotierten Aktiengesellschaften	211
aa) Reine Vermögensanlage und rationale Aktionärsapathie	211
bb) Ausgleich der Vermögensinteressen als Rechtfertigung von Eingriffen	214
3. Positive Stimmpflichten des Gesellschafters	215
II. Die Verteilung der Beweislast bei eingreifenden Gesellschaftsbeschlüssen	217

1. Die Beweislastverteilung nach US-amerikanischem (und australischem) Recht	217
2. Die Beweislastverteilung in den Fällen der Inhaltskontrolle	219
a) Die grundsätzliche Verteilung der Beweislast	219
aa) Die Beweislastverteilung auf Schutzbereichs- und Eingriffsebene	219
bb) Die Beweislastverteilung auf Rechtfertigungsebene	220
b) Die Erleichterungen durch den unternehmerischen Ermessensspielraum	222
c) Keine Relevanz von Austrittsrechten	223
3. Die Beweislastverteilung in den Fällen der Missbrauchs- kontrolle	224
III. Zusammenfassung	225
 § 5 Die Rechtsbehelfe des Gesellschafters gegen rechtswidrige Gesellschafterbeschlüsse	 229
A. Die Anfechtung fehlerhafter Gesellschafterbeschlüsse in der Aktiengesellschaft	230
I. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage nach § 243 I AktG ..	231
II. Die Verbindung von Anfechtungs- und positiver Feststel- lungs- bzw. Leistungsklage	232
III. Der Schutz der Gesellschaft vor Missbrauch der Anfechtungs- möglichkeit	234
1. Beschränkungen der Anfechtungsbefugnis de lege lata	236
a) Einwand des individuellen Rechtsmissbrauchs	236
b) Spruchverfahren bei Streit über die Höhe der geschulde- ten Abfindung	237
2. Einschränkungen der Klagemöglichkeit de lege ferenda ...	238
a) Minderheitsquoten und Nachweis individueller Betrof- fenheit	238
b) Ausweitung des Freigabeverfahrens	239
IV. Die Verfolgung von Sondervorteilen	242
B. Die Anfechtung fehlerhafter Beschlüsse im GmbH-Recht	243
I. Bedürfnis nach analoger Anwendung der Regeln des Aktien- gesetzes?	244
II. Die Voraussetzungen für eine Anfechtung des GmbH- Beschlusses	245
III. Die Verfolgung von Sondervorteilen in der GmbH	246
C. Die Feststellung rechtswidriger Beschlüsse in den Personengesell- schaften	247
D. Zusammenfassung	248

3. Kapitel: Der Minderheitsschutz bei Verwaltungshandeln und bei der Ausübung der Mehrheitsmacht außerhalb der Gesellschafterversammlung	251
§ 6 Der Minderheitsschutz bei rechtswidrigem Geschäftsleiterhandeln	253
A. Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung rechtmäßigen Verwaltungshandelns	253
I. Die Beeinträchtigung der Gesellschafterstellung durch Maßnahmen der Geschäftsleitung	253
1. Beeinträchtigung der Gesellschafter in ihrer Rechtsstellung	254
2. Die Reichweite des Schutzbedürfnisses	255
II. Rechtmäßigkeitsanforderungen für Eingriffe	256
1. Treuhänderische Bindungen der geschäftsführenden Organe	257
2. Schutz der Gesellschafter bei Verstößen gegen die treuhänderische Bindung	260
3. Prüfungsaufbau zur Bestimmung der Rechtmäßigkeit des Eingriffs	262
B. Die Kompetenzverteilung in den Kapitalgesellschaften	263
I. Die Rechtslage in der GmbH und den Personengesellschaften	264
II. Die Rechtslage in der Aktiengesellschaft	264
1. Beschränkte Wahrnehmungszuständigkeiten der Hauptversammlung	264
2. Ungeschriebene Zuständigkeiten	266
a) BGH in Sachen <i>Holzmüller</i> und <i>Gelatine</i>	266
b) BGH in Sachen <i>Macrotron</i>	269
3. Stellungnahme zu diesen Grundsätzen	270
a) Eingriff in die Mitgliedschaft und gesetzliche Wertung	270
b) Einzelne Anwendungsfälle	271
4. Die Anforderungen an den Hauptversammlungsbeschluss	274
C. Die Rechtsbehelfe gegen fehlerhaftes Verwaltungshandeln	276
I. Anerkanntes Bedürfnis nach effektivem Rechtsschutz	276
II. Leistungs- und Feststellungsklagen als prozessuale Rechtsbehelfe des Gesellschafters	279
1. Bestimmung der statthaften Klageart nach dem Begehrt des Gesellschafters	280
2. Zweifelsfragen bei Schadensersatzforderungen im Wege der Leistungsklage	280
3. Die Klagebefugnis des Gesellschafters	282
III. Die Geltendmachung mittelbarer Schäden durch den Gesellschafter	284
1. Bestimmung der relevanten Eingriffe anhand der Abgrenzung von Sorgfalts- und Treuepflichten	284
2. Ausgleich in das Gesellschaftsvermögen bei Doppelschäden	286
3. Besonderheiten in der Aktiengesellschaft	287

D. Zusammenfassung	290
§ 7 Minderheitsschutz bei Bereicherungen des Mehrheitsgesellschafters	293
A. Bereicherungen des Mehrheitsgesellschafters als Eingriffe in die Rechtsstellung des Minderheitsgesellschafters	293
I. Die Wahrnehmung von Geschäftschancen der Gesellschaft durch den Gesellschafter	294
1. Die Zuordnung der Geschäftschance zur Gesellschaft	294
2. Wahrnehmungskompetenz des Gesellschafters	295
3. Die Rechtmäßigkeitskriterien eines Verzichtsbeschlusses ..	297
II. Die Veräußerung der (beherrschenden) Beteiligung	299
1. Der Grundsatz der freien Veräußerlichkeit der Beteiligung	299
2. Veräußerung der Beteiligung unter Ausschöpfung des Unternehmenswertes (Kontrollprämien)	302
a) Kontrollprämien als Gleichbehandlungsproblem	302
b) Geteiltes Fazit bei ökonomischer Betrachtung	303
c) Die Entscheidung <i>Perlman v. Feldmann</i>	305
d) Anwendung der Grundsätze über die Geschäftschancen- lehre und Treuhänderpflichten	306
3. Ausgleichsansprüche bei Einbringung der Beteiligung in eine Obergesellschaft	307
a) Die Entscheidung des kalifornischen <i>Supreme Court</i> in <i>Jones v. Ahmanson</i>	308
b) Einseitige Nutzung der Geschäftschancen als Eingriff in die Mitgliedschaft	309
4. Pflicht zur Information über preisbildende Faktoren	312
5. Kursmanipulationen	314
III. Verdeckte Vermögenszuwendungen an einzelne Gesellschafter	315
1. Begriff der verdeckten Vermögenszuwendung	315
2. Die Kapitalerhaltungsgrundsätze in den verschiedenen Gesellschaftsformen	316
3. Die Lösung im deutschen Recht: Interessenwahrungspflicht und Eingriffsprüfung	318
4. Die Lösung im US-amerikanischen Recht: der <i>Intrinsic</i> bzw. <i>Entire Fairness Test</i>	319
B. Rechtsbehelfe bei Doppelschäden im Gesellschafts- und Anteils- vermögen	322
I. Unterschiedliche Interessenlage gegenüber Schädigungen durch die Geschäftsleitung	322
II. Erweiterte Informationspflichten als Lösungsvorschlag für das deutsche Recht	324
III. Die Rechtslage in den USA als Wertungsgrundlage im deut- schen Recht	324

1. Direktklagen in der deutschen Rechtsprechung	325
2. <i>Direct Suit</i> und <i>Derivative Action</i> im US-amerikanischen Recht	326
a) Direkte und indirekte Schädigungen	327
b) Sonderkonstellationen	330
c) Exemplarische Einzelfälle	331
d) Wirkungsweise der alternativen Klagearten als Abgren- zungskriterium	334
3. Folgerungen für das deutsche Recht	335
a) Bedeutung der Einwände gegen eine Direktklage	335
b) Voraussetzungen und Rechtsfolgen einer Direktklage ..	337
aa) Voraussetzungen einer Direktklage	337
bb) Regelmäßiges Ausscheiden des klagenden Gesell- schafter als Rechtsfolge	338
cc) Abschließende Bewertung der Grundsätze des BGH	339
c) Beweislastverteilung	339
C. Zusammenfassung	341
4. Kapitel: Die Bedeutung von Information für den Minderheitsschutz	345
§ 8 Minderheitsschutz durch Information und Teilhabe am Willens- bildungsprozess	345
A. Bestehende Rechte auf Information	345
I. Die Schutzrichtungen der Informationsrechte	345
II. Die Konzeption der Informationsrechte	348
III. Im Einzelnen: Die wichtigsten Auskunfts- und Einsichtsrechte	350
1. Im Aktienrecht	350
a) Die Voraussetzungen des Auskunftsrechts	351
b) Die Einschränkungen des Auskunftsrechts	352
aa) Das Geheimhaltungsinteresse der Gesellschaft	353
bb) Rechtsmissbrauch und übermäßige Rechtsausübung	354
c) Rechtsbehelfe bei pflichtwidrigem Informationsverhal- ten der Aktiengesellschaft	355
2. Das Auskunfts- und Einsichtsrecht des GmbH-Gesellschaf- ters	356
3. Der Auskunftsanspruch des Personengesellschafters	359
IV. Der Anspruch auf Information gegen den Mitgesellschafter ..	361
B. Forderungen nach einer Erweiterung der Informationsrechte	362
C. Zusammenfassung	363
Besonderer Teil: Typische minderheitssensible Konstellationen – Die Anwendung der Allgemeinen Grundsätze in konflikt- trächtigen Situationen	365

1. Kapitel: Freiwilliges und unfreiwilliges Ausscheiden des Gesellschafters: Ausschluss und Austritt unter Einschluss der Abfindungsgrundsätze	367
§ 9 Das unfreiwillige Ausscheiden des Gesellschafters	367
A. Regelungen zum Gesellschafterausschluss im Gesellschaftsvertrag	368
I. Die Zulässigkeit von Ausschlussklauseln in Gesellschaftsverträgen	368
II. Die Grundsätze für wirksame Ausschlussklauseln in Gesellschaftsverträgen	371
1. Allgemeine Grundsätze zu nachteiligen Klauseln in Gesellschaftsverträgen	371
a) Satzungsautonomie als Ausprägung der Privatautonomie der Gesellschafter	371
b) Nichtigkeit der Vertragsbestimmungen mangels privatautonomen Verzichts und bei unverhältnismäßiger Benachteiligung	373
c) Inhaltskontrolle bei Änderungen des Gesellschaftsvertrages	374
d) Erhöhte Kontrolldichte bei Publikumspersonengesellschaften	375
2. Die inhaltliche Kontrolle von Ausschlussklauseln nach den Grundsätzen der Rechtsprechung	376
a) Zwangslage für die bedrohten Gesellschafter und Gefahr für die Zweckerreichung	378
b) Ausnahmsweise Zulässigkeit eines Ausschlusses nach freiem Ermessen	380
aa) Der Ausschluss der Erben des Gesellschafters	380
bb) Der Ausschluss bei besonderen Vertrauensbeziehungen	380
cc) Der Ausschluss während einer eruierenden Prüfungsphase	381
dd) Wegfall von persönlicher Mitarbeit oder Mitwirkung an der Zweckerreichung	381
ee) Verknüpfung von Geschäftsleitung und Gesellschaftsterstellung	383
ff) Geschenkte Gesellschaftsbeteiligungen	384
3. Änderungen des Gesellschaftsvertrages nach Beitritt des betroffenen Gesellschafters	385
4. Die Ausschlussmodalitäten: Gesellschafterbeschluss, Bedingungseintritt und Quoren	388
5. Grundsätze zur Abfindung des ausgeschlossenen Gesellschafters	389
III. Zusammenfassung	392

B. Der Ausschluss des Gesellschafters aus wichtigem Grund	393
I. Rechtsformübergreifendes Prinzip	393
II. Dogmatische Grundlagen des Ausschlusses aus wichtigem Grund	396
1. Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	396
2. Lösbarkeit bei Dauerschuldverhältnissen	397
3. Sicherung des Unternehmensfortbestandes	399
4. Zweckförderungs- und Interessenwahrungspflicht des Auszuschließenden	399
III. Die Voraussetzungen des Gesellschafterausschlusses	400
1. Die Ausschlussvoraussetzungen: Besondere Umstände in und außerhalb der Person des Auszuschließenden	400
a) Gefestigte Grundsätze	401
b) Die Rechtslage im US-amerikanischen Recht als Gegenmodell	403
2. Das Ausschlussverfahren	406
a) Ausschluss durch Gesellschafterbeschluss oder Gestaltungsurteil	406
b) Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die gesellschaftsinterne Willensbildung	407
c) Mehrheitserfordernisse	409
IV. Der Konflikt von Gesellschafterabfindung und Kapitalerhaltung	411
1. Interimsphase zwischen Ausschlussurteil und Abfindungszahlung	411
2. Abfindung und Kapitalerhaltung in den Kapitalgesellschaften	413
a) Der Kapitalerhaltungsgrundsatz in der GmbH	413
b) Der Kapitalerhaltungsgrundsatz in der Aktiengesellschaft	414
V. Zusammenfassung	415
C. Der Ausschluss des Aktionärs aufgrund spezialgesetzlicher Institute	416
I. Vielzahl der Ausschlussformen und Umgehungsproblematik	416
II. Squeeze out des Minderheitsaktionärs nach §§ 237a ff. AktG	417
1. Keine inhaltlichen Anforderungen an den Squeeze out-Beschluss	417
2. Die qualifizierte Antrags- und einfache Stimmenmehrheit	420
3. Anfechtbarkeit rechtswidriger Squeeze out-Beschlüsse	423
a) Verstöße gegen die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	423
b) Verstöße gegen das Verbot des institutionellen Rechtsmissbrauchs	425
4. Der Abfindungsanspruch des Minderheitsgesellschafters	427
5. Die Rechtsbehelfe der ausgeschlossenen Minderheit	429
III. Das Squeeze out-Verfahren in Übernahmesituationen	429

1. Die erforderliche Beteiligungsquote	429
2. Die Höhe der geschuldeten Abfindung und ihre (man- gelnde) gerichtliche Überprüfbarkeit	431
IV. Der Ausschluss der Aktionäre im Wege der Mehrheitsein- gliederung	435
1. Voraussetzungen der Mehrheitseingliederung und Anfor- derungen auf Ebene der einzugliedernden Gesellschaft	436
2. Der Eingliederungsbeschluss in der Hauptgesellschaft	438
3. Die Abfindung der Minderheitsaktionäre in der einge- gliederten Gesellschaft	440
V. Der Ausschluss der Aktionäre im Wege der Übertragenden Auflösung	441
1. Die Voraussetzungen des § 179 a AktG	442
2. Die inhaltliche Rechtfertigungskontrolle des Übertragungs- beschlusses	443
3. Umgehungsproblematik und Inhaltskontrolle bei Übertra- gender Auflösung	445
a) Bewertung der Rechtsprechung von BGH und BVerfG .	445
b) Liquidation und Vermögensübernahme	447
c) Rechtswidrigkeit bei Beteiligungen unter 95%	448
4. Information der Minderheitsaktionäre	451
5. Angemessene Abfindung und Rechtsschutz	452
a) Die Vorgaben des BVerfG	452
b) Umsetzung dieser Grundsätze	453
6. Rechtsbehelfe des Minderheitsaktionärs	454
7. Die Vermögensübertragung und der Ausschluss durch Übertragende Auflösung in anderen Gesellschaftsformen ..	456
VI. Die Zusammenlegung von Aktien nach § 222 IV 2 AktG	456
VII. Zusammenfassung	459

§ 10 Das Recht auf Lösung von der Beteiligung 461

A. Der Grundsatz der freien Veräußerlichkeit der Beteiligung und seine Einschränkungen	461
I. Die Veräußerlichkeit der Beteiligung als Alternative zur Lösbarkeit bei Dauerschuldverhältnissen	461
II. Freie Veräußerlichkeit und ihre Schranken in den Kapitalge- sellschaften	463
1. Der Ausschluss der Übertragbarkeit durch Vinkulierungs- bestimmungen	464
a) Vinkulierungsbestimmungen	464
b) Zum Beitrittszeitpunkt in der Satzung vorhandene Über- tragungsbeschränkungen	465
c) Die Übertragungsbeschränkung nach Begründung der Mitgliedschaft	465

2. Kriterien für die Zustimmungserteilung bei vinkulierten Anteilen	468
a) Die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen in der Aktiengesellschaft	469
b) Die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen in der GmbH ...	470
III. Der Ausschluss der Veräußerlichkeit in den Personengesellschaften	472
IV. Zusammenfassung	474
B. Das Austrittsrecht des Gesellschafters	475
I. Das ordentliche Austritts- bzw. Kündigungsrecht des Gesellschafters	475
1. Die Rechtslage in den Personengesellschaften	475
a) Vollständiger Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts unzulässig	475
b) Richtlinien für eine Begrenzung des Kündigungsrechts	476
aa) Anforderungen an die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages	476
bb) Doppelprüfung von Gesellschaftsvertrag und Austrittswunsch im Einzelfall	477
c) Der Abfindungsanspruch	479
2. Die Rechtslage in der GmbH	480
a) Ordentliches Austrittsrecht nur in Ausnahmesituationen	480
b) Austrittsrecht auf Grundlage der Regelungen im Gesellschaftsvertrag	482
c) Austritt mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung	483
3. Die Rechtslage in der Aktiengesellschaft	484
II. Das Austrittsrecht aus wichtigem Grund	484
1. Grundsätzliche Anerkennung	484
2. Dogmatische Grundlagen des Austritts aus wichtigem Grund	486
3. Voraussetzungen des Austrittsrechts	486
4. Vollzug des Austritts	489
5. Abfindungsregelungen	491
a) Abfindung zum Verkehrswert	491
b) Entstehung des Abfindungsanspruchs	492
c) Abfindungsanspruch und Grundsatz der Kapitalerhaltung	493
aa) Der Kapitalerhaltungsgrundsatz in der GmbH	493
bb) Das Verbot der Einlagenrückgewähr in der Aktiengesellschaft	494
cc) Der Aktionär in der Stellung eines Drittgläubigers bei kapitalmarktrechtlich veranlasster Rückabwicklung	495
III. Zusammenfassung	500

C. Typisierte Austrittsrechte im Umwandlungs-, Konzern- und Übernahmerecht	501
I. Die Austrittsrechte im Umwandlungsrecht	502
1. Die Austrittstatbestände und ihre Voraussetzungen	502
2. Die Abfindung des widersprechenden Gesellschafters	504
II. Die Austrittsrechte im Konzernrecht	505
1. Abgrenzung von Austritt und Ausschluss	505
2. Das Austrittsrecht bei Abschluss- eines Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrages	506
III. Die Austrittsrechte in Übernahmesituationen	508
IV. Eine Randbemerkung: Austrittsrechte in der Societas Europaea	510
D. Austrittsrechte de lege ferenda als allgemeines Instrumentarium des Minderheitsschutzes?	511
I. Die <i>Appraisal Rights</i> in den USA	511
1. <i>Appraisal Rights</i> bei einem <i>Statutory Merger</i>	512
a) Transaktionsformen und erforderliche Mehrheiten	512
b) Die Ausnahmen von dem Beschlusserfordernis	514
c) Die <i>Appraisal Rights</i> der widersprechenden Gesellschafter	516
2. <i>Appraisal rights</i> bei der Veräußerung des (substantiell) gesamten Vermögens	518
a) Voraussetzungen, Ausnahmen und erforderliche Mehr- heiten	518
b) Austrittsrechte bei Vermögensübertragungen	520
3. Umgehungsprobleme und Forderung nach weiter gehenden Andienungsrechten	520
II. Forderungen nach einem ordentlichen Austrittsrecht im deutschen Recht	523
1. Einwände gegen ein Andienungsrecht	523
2. Argumente für ein Andienungsrecht	523
3. Stellungnahme	525
a) Kein generelles Austrittsrecht	525
b) Normiertes Austrittsrecht aus wichtigem Grund bei wesentlicher Veränderung der Beteiligung	526
c) Austrittsrecht eingeschlossener Aktionäre bei überragen- der Beteiligung des Mehrheitsgesellschafters	527
E. Zusammenfassung	528
§ 11 Die Grundsätze der Abfindungsbemessung	531
A. Die Grundsätze im deutschen Recht	531
I. Der Grundsatz der vollwertigen Abfindung	531
1. Abfindung zum Verkehrswert als verfassungsrechtliche Vorgabe	531
2. Einschränkungen im Interesse der Gesellschaft	532

3. Regelmäßige Maßgeblichkeit des Börsenkurses	533
4. Ausnahmen von der Orientierung am Börsenkurs	536
5. Methodengleichheit bei Ermittlung des Umtauschverhältnisses?	539
6. Der Rechtsschutz gegen das Abfindungsangebot	541
B. Die Grundsätze im US-amerikanischen Recht	541
I. Die Methoden zur Wertermittlung	541
II. Diskontierung der Abfindung durch einen Minderheitsabschlag?	543
C. Zusammenfassung	544
2. Kapitel: Der Minderheitsschutz bei strukturändernden Maßnahmen	547
§ 12 Der Minderheitsschutz bei Umwandlungsbeschlüssen	547
A. Die Konzeption des Umwandlungsgesetzes	547
B. Die inhaltlichen Anforderungen an den Umwandlungsbeschluss ..	549
I. Gesetzliche Wertungen und besondere Schutzmechanismen ..	549
II. Ausrichtung der Rechtfertigung an den Interessen der neu entstehenden Rechtsträger	552
C. Die Rechtsbehelfe der Gesellschafter und Informationspflichten der Geschäftsleitung	554
I. Anfechtungsklage und Spruchstellenverfahren	554
II. Information und Grundsätze der Beweislastverteilung	554
D. Zusammenfassung	556
§ 13 Minderheitsschutz beim Gang an die Börse und Rückzug von der Börse	559
A. Minderheitsschutz beim förmlichen Delisting	559
I. Begriff und Problemstellung	559
1. Bestimmung des Delisting	560
2. Nachteile des Delisting für den Kleinaktionär	560
II. Das Verhältnis börsenrechtlicher und gesellschaftsrechtlicher Bestimmungen	562
1. Anlegerschutz nach § 39 II BörsG und den Börsenordnungen	562
2. Nebeneinander und Interdependenz von kapitalmarkt- und gesellschaftsrechtlichem Schutz	564
III. Delisting als Eingriff in den Schutzbereich des Aktionärs ...	566
1. Die Börsennotierung als Bestandteil der geschützten Mitgliedschaft	566
a) Der Meinungsstand	566

b) Bewertung anhand der besonderen Bedeutung der Börsennotierung für den Anlegeraktionär	568
2. Delisting als Eingriff in den Schutzbereich der Mitgliedschaft	571
IV. Die gesellschaftsrechtlichen Schutzmechanismen beim Delisting	571
1. Die Kompetenz der Hauptversammlung zur Entscheidung über den Börsenrückzug	571
2. Die inhaltliche Rechtfertigungskontrolle	572
a) Obligatorische sachliche Rechtfertigung	572
b) Modalitäten der Prüfung unter Beachtung der kapitalmarktrechtlichen Vorgaben	575
aa) Zulässige Zweckverfolgung im Gesellschaftsinteresse	575
bb) Relevante Gesichtspunkte der Abwägungsentscheidung	576
3. Die Höhe der erforderlichen Beschlussmehrheit	577
4. Die Abfindung des Minderheitsaktionärs	578
a) Bedingungs- und Abfindungslösung	579
b) Abfindungsadressat	580
c) Austrittsrecht aus wichtigem Grund	581
d) Die Höhe der Abfindung	582
5. Pflicht zur Information der Aktionäre	583
V. Rechtsschutz gegen den Delisting-Beschluss und die angebotene Abfindung	583
B. Minderheitsschutz beim „kalten“ Delisting	584
I. Gestaltungsmöglichkeiten	584
1. Problematische Gestaltungen	585
2. Unproblematische Gestaltungen	586
II. Möglichkeiten zur Kompensation der beeinträchtigten Aktionäre	587
1. Verschiebung der Umwandlungswertrelation	588
2. Inhaltliche Rechtfertigung des Umwandlungsbeschlusses	588
3. Andienungsrecht der Minderheitsaktionäre	589
III. Der Widerruf der Börsenzulassung von Amts wegen	590
IV. Delisting als Mittel zu sachfremden Zielen?	591
C. Minderheitsschutz beim Börsengang der Aktiengesellschaft	591
I. Kapitalmarktrechtlicher Schutz	592
II. Die Zuständigkeit der Hauptversammlung	592
III. Die erforderliche Stimmenmehrheit	594
IV. Inhaltliche Rechtfertigungskontrolle	594
V. Abfindungsangebot an die dissentierende Minderheit	595
D. Zusammenfassung	596

§ 14 Minderheitsschutz in abhängigen Gesellschaften und im Konzernverbund	599
A. Gefahren und Voraussetzungen der Unternehmensbeherrschung ..	599
I. Gefahren von Abhängigkeit und Beherrschung für die Minderheitsgesellschafter	600
II. Die Stufen der Unternehmensbeherrschung	603
B. Die Rechtslage in den Aktiengesellschaften bei Unternehmensbeherrschungen	604
I. Der Schutz außenstehender Aktionäre im Vertragskonzern ..	604
1. Die Beeinträchtigung der Gesellschafter in der beherrschten Gesellschaft	605
2. Die Ausgleichszahlungen des herrschenden Unternehmens	606
3. Information über die geplante und bestehende Beherrschung	609
4. Das Weisungsrecht der herrschenden Gesellschaft	610
5. Inhaltliche Rechtfertigung beherrschungsbegründender Beschlüsse	611
a) Rechtfertigungskontrolle in der beherrschten Gesellschaft	611
b) Rechtfertigungskontrolle in der herrschenden Gesellschaft	613
6. Der Rechtsschutz der außenstehenden Aktionäre	614
II. Der faktische Aktienkonzern	614
1. Die Begründung der Abhängigkeit einer Aktiengesellschaft	615
2. Konzernoffene Konzeption des Aktienrechts als Leitbild des Minderheitsschutzes	616
a) Hauptversammlungsbeschluss als Konzerneingangskontrolle?	616
b) Rechtfertigungskontrolle bei bestehender Beherrschung	618
c) Austritt der Minderheitsaktionäre	619
3. Ansprüche gegen das herrschende Unternehmen und Beweislastverteilung	620
III. Der qualifiziert faktische Aktienkonzern	622
C. Die Rechtslage in der GmbH	624
I. Konzerneingangskontrolle in der GmbH: Die Voraussetzungen einer Abhängigkeitsbegründung	624
II. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge in der GmbH	627
III. Beherrschung der GmbH im einfachen faktischen Konzern ..	630
1. Verbot schädigender Einflussnahme	630
2. Rechtsfolgen bei Verstößen	631
IV. Die Rechtslage im qualifiziert faktischen GmbH-Konzern ...	632
1. Analoge Anwendung der §§ 302f. AktG in der älteren Rechtsprechung des BGH	633
2. Rechtsprechungsänderung für die Einmann-GmbH	633

3. Folgerungen für den Minderheitsschutz im qualifiziert faktischen GmbH-Konzern	634
V. Die Beweislastverteilung	636
1. Rechtsprechung und Literaturansichten	636
2. Bewertung	638
D. Die Rechtslage in den Personengesellschaften	639
I. Beherrschungsfeindlichkeit der Personengesellschaften nach dispositiver Gesetzeslage	639
II. Die Abhängigkeitsbegründung und Konzerneingangskontrolle	641
1. Die Begründung der Abhängigkeit	641
2. Der Konzerneingang	642
III. Die Konzernausübungskontrolle	644
1. Bei fehlender Legitimation durch die Gesellschafter	644
2. Bei Legitimation der Konzerneinbindung	646
E. Rechtsformüberschreitend: Konzerneingangsschutz als generelle Rechtfertigung eines Eingriffs in die Mitgliedschaft?	647
F. Zusammenfassung	650
 3. Kapitel: Der Minderheitsschutz bei vermögensrechtlichen Maßnahmen	 655
§ 15 Minderheitsschutz bei Kapitalveränderungen und Bezugsrechtsausschluss	 655
A. Veränderungen im Kapitalbestand der Gesellschaft	655
I. Effektive und nominelle Kapitalerhöhungen	655
1. Inhaltliche Anforderungen an einen Kapitalerhöhungsbe- schluss	656
a) Die Rechtslage in der Aktiengesellschaft	656
b) Die Rechtslage in der GmbH	657
2. Die Bemessung des Ausgabebetrags bei effektiver Kapital- erhöhung	658
a) Die Bemessung des Ausgabebetrags in der Aktienge- sellschaft	658
b) Die Bemessung des Ausgabebetrags in der GmbH	661
3. Die nominelle Kapitalerhöhung	661
a) Die Rechtslage in der Aktiengesellschaft	661
b) Die Rechtslage in der GmbH	662
II. Die Kapitalherabsetzung	662
1. Die Rechtslage in der Aktiengesellschaft	662
2. Die Rechtslage in der GmbH	664
III. Die Rechtslage in den Personengesellschaften	664
B. Das Bezugsrecht des Aktionärs und die Voraussetzungen für seinen Ausschluss	665

I. Bezugsrechtsausschluss als Eingriff in den Schutzbereich der Mitgliedschaft	665
II. Rechtmäßigkeitsanforderungen an den Bezugsrechtsausschluss	667
III. Einschränkung der Kriterien für das genehmigte Kapital und für börsennotierte Gesellschaften	670
1. Die Grundsätze bei Kapitalerhöhungen unter Bezugsrechtsausschluss beim genehmigten Kapital	670
2. Ausnahmen bei börsennotierten Aktiengesellschaften	673
IV. Das Bezugsrecht des GmbH-Gesellschafters und sein Ausschluss	674
C. Zusammenfassung	675
§ 16 Minderheitsschutz bei der Gewinnverwendung	677
A. Das Gewinnbezugsrecht des Gesellschafters	677
B. Inhaltliche Rechtmäßigkeitsanforderungen an die Gewinnverwendung	678
I. Das Gewinnbezugsrecht als Bestandteil des Schutzbereichs der Mitgliedschaft	678
II. Der Eingriff durch den mehrheitlich gefassten Gewinnverwendungsbeschluss	679
III. Die Kriterien einer inhaltlichen Rechtfertigung des Gewinnverwendungsbeschlusses	680
1. Die Rechtmäßigkeitsanforderungen in der GmbH und den Personengesellschaften	681
2. Die Rechtslage in der Aktiengesellschaft	683
C. Zusammenfassung	685
§ 17 Minderheitsschutz bei Auflösung und Liquidation der Gesellschaft	687
A. Der Minderheitsschutz bei der Auflösung infolge mehrheitlich gefassten Gesellschafterbeschlusses	687
I. Keine inhaltliche Rechtfertigung des Auflösungsbeschlusses .	688
II. Pflicht zur Rücksichtnahme auf die Interessen der Minderheit und institutioneller Rechtsmissbrauch	689
B. Minderheitsschutz im Liquidationsverfahren	691
C. Zusammenfassung	691
Gesamtzusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Bewertung	693
A. Zusammenfassung	693
B. Bewertung	699
Sachregister	701